

Einleitung

Eigenwilligkeit und Rationalität sozialer Prozesse als Thema einer Festschrift für Friedhelm Neidhardt¹

Jürgen Gerhards

1. Typisch Neidhardt

Festschriften beziehen sich auf und würdigen das Werk des zu Ehrenden. Irving Louis Horowitz (1990) formuliert in seinem Essay über die Festschrift Kriterien, die Herausgeber von Festschriften beachten sollten, damit am Ende ein lesenswertes und den zu Ehrenden angemessenes Produkt entsteht. Eine der wichtigsten Regeln sei es, so Horowitz, daß sich die Autoren einer Festschrift auf den Kern der Schriften des zu Ehrenden beziehen und versuchen, diesen Kern weiterzuentwickeln. Dies verhindere die häufig bei Festschriften anzutreffende große Spannweite und Heterogenität der Beiträge, die Festschriften für Leser und Verlage unattraktiv machten. Teilt man das von Horowitz formulierte Kriterium, dann wirft dies die Frage auf, welches denn der Kern der Neidhardtschen Schriften ist.

Überblickt man die Arbeiten, die Friedhelm Neidhardt publiziert hat, und versucht, sie zu systematisieren, dann wird augenfällig, daß es eine Ordnung auf den ersten Blick nicht gibt. Während sich manche Autoren frühzeitig auf ein Themenfeld spezialisieren und dieses in ihrer wissenschaftlichen Entwicklung immer weiter und extensiver bearbeiten, findet sich in den Neidhardtschen Arbeiten eine solche inhaltliche Spezialisierung gerade nicht. Die *Themenfelder*, die er bearbeitet hat, sind vielfältig und tangieren recht unterschiedliche Bindestrichsoziologien: Seine Dissertation über Studentennetzwerke und Gruppen in einem studentischen Wohnheim bildet den Auftakt seiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen, der von weiteren jugend- und sozialisationssoziologischen Arbeiten gefolgt wird. Arbeiten zur sozialen Schichtung, zu denen die Habilitationsschrift und die zusammen mit Karl Martin Bolte und Dieter Kappe publizierte Arbeit "Soziale Schichtung" gehören, folgten. Familiensoziologische Arbeiten bilden das Zentrum seiner For-

1 An der redaktionellen Bearbeitung der Texte haben mehrere Personen mitgewirkt. Ingrid Reichel (Leipzig) hat die Texte auf Fehler hin gelesen; Cornelia Mohr (Dortmund) hat die entsprechenden Druckformatvorlagen erstellt. Ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Besonders verpflichtet sind die Herausgeber Manfred Müller (Mallorca). Er hat nicht nur die Konzeption des Bandes von Anfang an mit bedacht (einschließlich der Auswahl des Titelbildes), sondern sich vor allem auch mit scharfem und geübtem Blick an der redaktionellen Bearbeitung aller Manuskripte beteiligt.

schungen in den 70er Jahren, die begleitet waren von seinem Engagement in der Familienkommission der Bundesregierung. Arbeiten zur Gruppensoziologie und gruppensoziologische Analysen des Terrorismus, vor allem der RAF bilden einen der Arbeitsschwerpunkte der Kölner Zeit (1975 - 1988); auch diese Forschungen waren verbunden mit einer politischen Beratungstätigkeit als Mitglied der Gewaltkommission der Bundesregierung. Forschungen im Bereich der Sportsoziologie und der Wissenschaftssoziologie - darunter auch die Studie über das DFG-Gutachterwesen - bilden den zweiten Schwerpunkt der Kölner Zeit. Mit dem Wechsel von der Universität Köln zum Wissenschaftszentrum Berlin und der Gründung der neuen Abteilung "Öffentlichkeit und soziale Bewegungen" rücken Analysen aus dem Bereich der politischen Soziologie in das Zentrum seiner Aufmerksamkeit. Vor allem die Analyse von Funktion und Struktur der massenmedial hergestellten Öffentlichkeit in der Demokratie bildet den Gegenstandsbereich der neueren Veröffentlichungen.

Auch eine eindeutige Klassifikation der Arbeiten entlang einer *paradigmatischen* Zuordnung, sei es theoretischer, methodologischer oder methodischer Art, fällt nicht leicht. Geprägt durch das Begriffsinventar des Strukturfunktionalismus wird dieses je nach Gegenstandsbereich ergänzt, erweitert oder ersetzt durch Konflikttheorien oder symbolisch-interaktionistische Perspektiven; eine eindeutige und durchgehende Theoriepräferenz läßt sich jedenfalls nicht feststellen. Ähnliches gilt für die Benutzung unterschiedlicher Methoden. Unter Neidhardts empirischen Arbeiten finden sich sowohl qualitative Studien, wie die zum Terrorismus, als auch Auswertungen quantitativer Erhebungen, z.B. zum Gewaltpotential der Bevölkerung (zusammen mit Max Kaase). Dieser vermeintliche theoretische und methodische Eklektizismus ist aber nicht mit Beliebigkeit gleichzusetzen. Er ist Ausdruck einer geringen Neigung zur Konfessionalisierung - ein von Neidhardt selbst benutzter Terminus - von methodischen bzw. theoretischen Fragen. Theorien und Methoden werden als Handwerkszeug, die jeweils gegenstandsadäquat sein müssen, und nicht als Selbstzweck begriffen. Die Auswahl von Theorie und Methode muß sich an der Fragestellung, die beantwortet werden soll, orientieren, und steht selbst nicht schon im vorhinein fest.

Lassen sich im Hinblick auf die Themenfelder, die von Neidhardt bearbeitet wurden, und bezüglich der benutzten Theorien und Methoden nur in geringem Maße Homogenitäten feststellen, so fragt sich, was denn die Neidhardtschen Arbeiten zusammenhält? Zwei *analytische* Perspektiven scheinen für seine Arbeiten konstitutiv zu sein, die im folgenden genauer erläutert werden sollen.

1. Würde man Neidhardt nach einem Grundbegriff der Soziologie befragen, so würde er wahrscheinlich nicht den Weberschen Begriff des sozialen Handelns nennen, sondern den Simmelschen Begriff der Wechselwirkungen. Während der Begriff des sozialen Handelns monologisch konzeptionalisiert ist, geht der Begriff der Wechselwirkung (ähnlich wie dann auch der Begriff

der sozialen Beziehung bei Weber) von einer zumindest dyadischen Ausgangskonstellation der *wechselseitigen* Beeinflussung handelnder Akteure aus (vgl. auch Mayntz und Nedelmann 1987). Georg Simmel formuliert diesen Ausgangspunkt der Soziologie folgendermaßen: "Irgendeine Anzahl von Menschen wird nicht dadurch zur Gesellschaft, daß in jedem für sich irgendein sachlich bestimmter oder ihn individuell bewegender Lebensinhalt besteht; sondern erst, wenn die Lebendigkeit dieser Inhalte die Form der gegenseitigen Beeinflussung gewinnt, wenn eine Wirkung von einem auf das andere - unmittelbar oder durch ein Drittes vermittelt - stattfindet, ist aus dem bloß räumlichen Nebeneinander oder auch zeitlichen Nacheinander der Menschen eine Gesellschaft geworden" (Simmel 1983: 5f)². Bei Neidhardt liest sich dies ganz ähnlich: "Das Entscheidende liegt offensichtlich nicht in individuellen und soziostrukturellen Dispositionen, sondern in Prozeßverläufen, in denen zahlreiche Bedingungen ein Handlungssystem begründen und in 'zirkulären Interaktionen' aufeinander und auf sich selber einwirken" (Neidhardt 1981: 244).

Mit dieser auf Wechselwirkungen rekurrierenden Grundbestimmung der Soziologie rücken per definitionem zum einen Interaktionen, zum anderen Verläufe von Interaktionen, soziale Prozesse also, in den Fokus der soziologischen Aufmerksamkeit: Interaktionsprozesse in der Familie, Eskalationen zwischen Staat und terroristischen Gruppierungen, das Zusammenspiel von Massenmedien und sozialen Bewegungen - dies sind Themen Neidhardtscher Studien, in denen das Konzept der Wechselwirkungen am Material erprobt wird. In einem 1981 veröffentlichten Aufsatz, der die materiellen Studien zum Terrorismus theoretisch bilanziert, wird diese Grundvorstellung Neidhardts mit dem Begriff der Eigendynamik bezeichnet. Von Eigendynamik spricht er dann, wenn "alle Beteiligten sich fortlaufend gegenseitig stimulieren, im Feld zu bleiben und weiterzumachen. Der Prozeß erzeugt die Motive seiner Fortsetzung - und zwar unabhängig davon, ob dieser Effekt gewollt ist oder nicht" (Neidhardt 1981: 251/2). Mit dieser Fokussierung auf die Analyse der Eigendynamik sozialer Prozesse sind für ihn zwei Implikationen verbunden, die kurz erläutert werden sollen.

Die Einstellungen von Menschen, wie sie professionell über die Umfrageforschung ermittelt werden, bilden den motivationalen Ausgangspunkt für

2 Bei Friedrich Engels (1981: 296f) findet man eine ganz ähnliche Beschreibung: "So führen die Zusammenstöße der zahllosen Einzelwillen und Einzelhandlungen auf geschichtlichem Gebiet einen Zusammenstand herbei, der ganz dem in der bewußtlosen Natur herrschenden analog ist. Die Zwecke der Handlungen sind gewollt, aber die Resultate, die wirklich aus den Handlungen folgen, sind nicht gewollt, oder soweit sie dem gewollten Zweck zunächst doch zu entsprechen scheinen, haben sie schließlich ganz andre als die gewollten Folgen. Die geschichtlichen Ereignisse scheinen so im ganzen und großen ebenfalls als von der Zufälligkeit beherrscht. Wo aber auf der Oberfläche der Zufall sein Spiel treibt, da wird er stets durch innere verborgene Gesetze beherrscht, und es kommt nur darauf an, diese Gesetze zu entdecken."

soziale Prozesse, sie können aber nicht deren Verläufe und Ergebnisse erklären. Diese Grundperspektive führt in der Folge zu einer Skepsis gegenüber einer auf Umfrageforschung basierenden Soziologie. Neidhardt hält diese zwar für wichtig und notwendig und hat mit seinem Engagement vor allem als Vorsitzender von GESIS, in der neben dem Informationszentrum ja mit dem Zentralarchiv und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen zwei Institutionen, die sich dominant mit Umfragen beschäftigen, zusammengefaßt sind, auch zu einer weiteren Institutionalisierung der Umfrageforschung beigetragen. Er sieht aber in der Umfrageforschung nicht den eigentlichen Fokus der Soziologie im allgemeinen und seiner eigenen Forschungen im speziellen. Ein Blick auf seine Publikationen (siehe Anhang) macht dies deutlich.

Die zweite Implikation einer auf Eigendynamik sozialer Prozesse abgestellten Soziologie bezieht sich auf die Möglichkeiten der Erklärung sozialer Phänomene. Natürlich findet sich bei Neidhardt keine Abwendung vom Mega-Ziel aller Wissenschaften und damit auch der Soziologie: der Formulierung von Erklärungen. Dieses Ziel bildet weiterhin die regulative Idee, deren faktische Realisierungsmöglichkeiten von ihm aber skeptisch eingeschätzt werden. Gerade wenn erst das Zusammenspiel verschiedener Faktoren das Ursachenbündel für zu erklärende Phänomene ausmacht, werden die Grenzen kausaler Erklärungen deutlich. Ein Beispiel: "Fragt man, warum die Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe gegen alle Tabus nicht nur gewalttätig wurden, sondern Gewalttätigkeit zum politischen Programm erhoben, so stößt die Analyse an Grenzen, die sie sich auch eingestehen muß. Zwar sind Bedingungen erkennbar, die in die Nähe dieser Entscheidung führen konnten. ... Und dennoch war die Entscheidung zur politischen Gewalt von den Umständen nicht determiniert" (Neidhardt 1982: 380f). Neidhardt berührt hier und an anderen Stellen, in denen es um Erklärungen geht, ein Grundproblem von Kausalität, das von Karl Popper (1957) in dessen Kritik des Historizismus bereits formuliert wurde. Wenn ein Ereignis aus dem Zusammenspiel verschiedener Ursachenfaktoren bestimmt ist, dann kann man vielleicht jeden Ursachenfaktor auf ein allgemeines Gesetz beziehen, nicht aber das Zusammenwirken der verschiedenen Faktoren, da es kein Metagesetz gibt, das das Zusammenspiel der verschiedenen Gesetze generell zu erklären ermöglicht³. Die Aussagemöglichkeiten der Soziologie werden damit bescheidener: "Sie (die Theorie, J. G.) muß mehr oder weniger Raum lassen für bloße Deskription und darf dies nicht desavouieren und verdrängen wollen. Manches läßt sich eben nur erzählen und nicht mehr erklären" (Neidhardt 1985: 323).

3 Den Hinweis auf Popper habe ich einem Text von Uwe Schimank (1996) entnommen. Zur Frage der Möglichkeit von Erklärungen vgl. auch Raymond Boudon (1984) und Renate Mayntz (1995).

2. Wechselwirkungen und eigendynamische Prozesse werden bei Neidhardt meist im Hinblick auf ein Bezugsproblem hin thematisiert, das man als die Frage nach der *Rationalität sozialer Prozesse* beschreiben kann. Ähnlich wie bei der Beschreibung eigendynamischer Prozesse findet sich in den Neidhardtschen Arbeiten keine ausgearbeitete Rationalitätstheorie; die Frage nach der Rationalität bildet aber eine implizite analytische Perspektive vieler seiner Arbeiten. Dahinter steht das Bemühen, Gütekriterien zur Beurteilung von sozialen Prozessen zu formulieren und nach strukturellen Bedingungen der Einhaltung dieser Gütekriterien zu suchen: Wie verhindern Familien Eskalationen in ihren Interaktionen? Wie lassen sich die konkurrierenden Ansprüche, denen Hochleistungssportler ausgesetzt sind, balancieren? Wer kontrolliert die Kontrolleure in der Wissenschaft (Gutachter), und wie sichert man die Qualität von Forschung und Lehre der Universitäten? Wie vernünftig sind die Herausgeberentscheidungen einer wissenschaftlichen Fachzeitschrift, und was kann man tun, um sie vernünftiger zu machen? Wie lassen sich die Spannungen zwischen Staat und terroristischen Gruppen und sozialen Bewegungen beilegen, zumindest Eskalationsprozesse der Gewalt verhindern? Welche Kontrollfunktionen übernimmt Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften und welche Möglichkeiten der Validierung des öffentlich Gesagten gibt es? All dies sind Fragen aus Neidhardtschen Forschungsarbeiten, die sich auf Kontroll- und Selbstkontrollfragen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche und deren Rationalität beziehen. Sie werden bei Neidhardt selten normativ beantwortet, sie dienen aber sowohl als Problemaufhängung zur Formulierung von Fragen, als auch als normative Hintergrundfolie für sein wissenschaftspolitisches Engagement (Familienkommission der Bundesregierung; Gewaltkommission der Bundesregierung; Wissenschaftsrat; Struktur- und Berufungskommission der Humboldt Universität).

Der Rationalitätsbegriff ist in seiner Bedeutung alles andere als eindeutig definiert; dies mag auch damit zusammenhängen, daß der Begriff Gegenstand von Schulkämpfen war und ist, z.B. im Positivismusstreit der deutschen Soziologie, in dem von Seiten der Kritischen Theorie gegenüber dem Kritischen Rationalismus der Verwurf einer positivistisch halbierten Rationalität formuliert wurde (Habermas 1969). Um den den Neidhardtschen Arbeiten zugrunde liegenden und meist implizit gehaltenen Rationalitätsbegriff zu explizieren, scheint mir folgende Klassifikation sinnvoll zu sein:

Man kann zwei verschiedene Ebenen von Rationalität unterscheiden. Rationalität kann sich zum einen auf die *Handlungen von Akteuren* beziehen. Handlungsrationalität meint dann meist die Auswahl derjenigen Handlung als Mittel zur Erreichung eines bestimmten Zwecks, die mit dem geringsten Aufwand verbunden ist. Diese Vorstellung von Handlungsrationalität liegt den meisten ökonomischen Theorien, den gegenwärtig so stark florierenden Theorien rationalen Handelns, aber auch dem Weberschen Typus des zweckratio-

nen Handelns zugrunde. Voraussetzung für eine in diesem Sinne definierte Handlungsrationality ist es, daß Akteure über ein hinreichend gut abgesichertes Wissen über die Welt und die Zusammenhänge in der Welt verfügen. Erst dieses empirisch geprüfte Wissen ermöglicht eine Auswahl der besten Handlungsalternativen.

Ob man daneben einen zweiten Typus von Handlungsrationality sinnvoll begründen kann, ist in der Literatur bekanntlich umstritten. Versuche gibt es genügend. Sie reichen von Webers Unterscheidung zwischen zweckrationalem und wertrationalem Handeln, von der Schützchen Unterscheidung zwischen Um-zu-Motiven und Weil-Motiven des Handelns bis hin zu der Habermaschen Differenzierung zwischen erfolgsorientiertem und verständigungsorientiertem Handeln. Hier steht nicht, wie bei der Bestimmung von zweckrationalem Handeln, die Rationality der Mittelverwendung zur Disposition; der Zweck der Handlung selbst steht auf dem Prüfstand. Im Hinblick darauf ist die Formulierung von Gütekriterien, die Handlungen als mehr oder weniger rational klassifizierbar machen, ein schwieriges Unterfangen. Voraussetzung für eine Entscheidung zwischen verschiedenen Zwecken ist ja nicht wie beim zweckrationalen Handeln das Wissen um die Richtigkeit von empirischen Aussagen, sondern die Plausibilität unterschiedlicher Werte und Zwecke. Den ambitioniertesten und elboriertesten Versuch der Formulierung einer Lösung hat Jürgen Habermas (1981) mit seiner Theorie des kommunikativen Handelns vorgelegt⁴.

Der Rationalitätsbegriff kann sich aber nicht nur auf die Handlungen von Akteuren beziehen, sondern auch auf das Interaktionsgefüge von sozialen Handlungen, auf das, was manche Theorien als Systeme der Gesellschaft bezeichnen. Man kann dann entsprechend nach einer Makrorationality bzw. *Systemrationality* von Gesellschaft oder von Teilbereichen der Gesellschaft fragen. Ökonomen untersuchen, wie eine Volkswirtschaft strukturiert sein muß, damit sie Wachstum, Preisstabilität, keine Arbeitslosigkeit und eine ausgeglichene Handelsbilanz ermöglicht. Politiksoziologen fragen nach den Bedingungen von möglichst hoher Responsivität der Eliten gegenüber den Bürgern in Demokratien und gleichzeitiger Effektivität der Steuerung der Gesellschaft durch das politische System. Wissenschaftssoziologen untersuchen die Bedingungen der Möglichkeit der Erzeugung von Erkenntnissen, Medizinsoziologen fragen nach optimalen Bedingungen der Herstellung von Gesundheit, Familiensoziologen (z.B. Neidhardt 1975a: 165f) fragen nach den Strukturbedingungen der Stabilität von Familien. Bestimmungsversuche von Rationality von Teilbereichen der Gesellschaft greifen im Kern die Vor-

4 Die Rationality von kommunikativen Handlungen ist - so Habermas - dann gewährleistet, wenn die Handlungen begründet werden können. Die Begründungsmöglichkeit wird nicht substantiell bestimmt, sondern als Verfahrensrationality gefaßt, die sich an der kontrafaktischen Unterstellung einer idealen Sprechsituation bemißt.

stellung von Zweckrationalität auf der Handlungsebene auf. Systeme lassen sich demnach als rational bezeichnen, wenn ihre jeweilige Struktur im Vergleich zu anderen möglichen Strukturen das beste Mittel zur Erreichung des jeweiligen Systemziels darstellt. Und ähnlich wie auf der Handlungsebene ist die Voraussetzung der Herstellung von Rationalität in diesem Sinne das Wissen um die empirische Richtigkeit von Aussagen bzw. von Zusammenhängen von Aussagen. Die für manche Soziologen entscheidende Frage ist dann, ob, wie und wo solches Wissen in der Gesellschaft generiert wird und zur Verbesserung der Rationalität der Strukturierung von Gesellschaft genutzt werden kann.

Systemrationalität in diesem als *Systemmittelrationalität* definierten Sinne setzt aber die Existenz von Systemzielen voraus. Aber auch auf der Systemebene kann man nach der Rationalität der jeweiligen Systemziele selbst fragen, so daß man, ähnlich wie zwei Formen der Handlungsrationalität, auch zwei Formen der Systemrationalität unterscheiden kann. Die Bestimmung der *Systemzielrationalität* ist wiederum ein umstrittenes und schwieriges Unterfangen. Entscheidungen zwischen verschiedenen Systemzielen kann man nicht durch das Wissen um die Richtigkeit von empirischen Aussagen begründen, sondern allein über die Plausibilität unterschiedlicher Systemziele. Systemziele lassen sich aber nicht substantiell bestimmen, sondern allein verfahrenstechnisch. Tut man dies, ist man in Demokratien schnell auf die Willensbildungsprozesse der Bürger zurückgeworfen. Diese bilden die letzte Instanz der Legitimation von Zielvorstellungen, die angeben, wohin die Reise denn gehen soll. Wer sonst sollte über die Richtigkeit von Zielen legitimerweise entscheiden können? Die für Soziologen entscheidende Frage ist aber auch hier, ob, wo und wie Zieldefinitionen in einer Gesellschaft formuliert werden und welche Institutionen daran beteiligt sind.

Versucht man im Horizont dieser Überlegungen die Neidhardtschen Vorstellungen zur Rationalität zu verorten, dann zeigt sich, daß es ihm dominant und in erster Linie auf Systemrationalität, weniger auf Handlungsrationalität ankommt. Dabei interessieren ihn sowohl Kriterien der Beurteilung von Strukturen zur Erreichung von Systemzielen, als auch Verfahren der Festlegung von Systemzielen selbst. Die Rationalitätskriterien beziehen sich also sowohl auf eine Systemmittel- als auch auf eine Systemzielrationalität.

Die Sicherung von Rationalitätskriterien in der Gesellschaft bedarf spezifischer Institutionen und Regeln, die Rationalität wahrscheinlich machen. Man findet in den Neidhardtschen Arbeiten zwei Institutionen, denen im Hinblick auf die Rationalitätsfrage eine besondere Rolle zugeschrieben wird: Wissenschaft einerseits und politische Öffentlichkeit andererseits. Die wissenschaftliche Produktion von Wissen kann zu einer Systemmittelrationalität insofern beitragen, als das Wissen um die empirische Richtigkeit von Aussagen bzw. über Zusammenhänge von Aussagen die Voraussetzung der gesellschaftlichen

Steuerung und Veränderung von Strukturen ist. Gerade in Neidhardts Engagement in wissenschaftlichen Kommissionen der Politikberatung spielt diese Vorstellung der Bedeutung von Wissenschaft eine gewichtige Rolle. Wissenschaft stellt Informationen zur Verfügung und trägt damit zu einer Versachlichung der häufig in Lagerkämpfen festgefahrenen Debatte bei. Damit Wissenschaft diese Rolle spielen kann, muß sie professionell operieren und autonom organisiert sein. Am Beispiel des Gutachterwesens hat Neidhardt diese Bedingung analysiert: Gutachter müssen erstens Experten sein, so daß ihr Urteil kompetent ist. Gutachter müssen zweitens integer sein; sie müssen unabhängig und unbefangen sein, damit man ihrem Urteil trauen kann (Neidhardt 1986: 3).

Der Ort, an dem die Ziele von Gesellschaft festgelegt werden können, ist schwieriger auszumachen. Zwar lassen sich die Ziele einer Gesellschaft nicht substantiell bestimmen, wohl aber lassen sich Bedingungen angeben, unter denen eine Selbstverständigung der Gesellschaftsmitglied über das, was sie wollen, möglich werden kann. Am ehesten sieht Neidhardt dies als die Funktion der politischen Öffentlichkeit an. Die prinzipielle Offenheit von Öffentlichkeit "für alle, die etwas sagen oder das, was andere sagen, hören wollen" (Neidhardt 1994: 7) bildet die Voraussetzung dafür, daß ersteinmal alle möglichen Zielperspektiven zu Wort kommen, Zielbestimmungen im Horizont alternativer Möglichkeiten diskutiert werden und als Orientierung für Zielselektionen dienen können. Daß sich die Debatten in der Öffentlichkeit am Ideal eines argumentativen Diskurses ausrichten, wird von Neidhardt zwar als normativ wünschenswert gesehen, zugleich aber in der Realisierungsmöglichkeit skeptisch beurteilt.

Unterscheiden sich Wissenschaft und Öffentlichkeit dadurch, daß sie auf unterschiedliche Systemrationalitäten spezialisiert sind, so haben beide gemeinsam, daß sie die Rolle des Dritten in Konflikten einnehmen können. Auch hier knüpft Neidhardt an Simmelsche Überlegungen an und verknüpft zudem Fragen der Eigendynamik mit denen der Rationalität. Simmel hatte betont, daß allein die Anwesenheit von Dritten in dyadischen Konstellationen Eskalationen von Konflikten vermeiden und zugleich Konfliktlösungen rationaler machen kann. Konfliktkontrahenten stehen bei Anwesenheit von Dritten unter Druck, ihre Positionen, wenn sie den Dritten überzeugen wollen, gut zu begründen. Tun sie dies, dann "handelt es sich um eine Reduktion der willensmäßigen Form des Antagonismus auf die intellektuelle: der Verstand ist allenthalben das Prinzip der Verständigung, auf seinem Boden kann sich zusammenfinden, was sich auf dem des Gefühls und der letzten Willensentscheidungen unversöhnlich abstößt" (Simmel 1983: 78). Diese konfliktzivilisierende Funktion von Dritten hat Neidhardt vor allem im Kontext seiner Terrorismusstudien herausgearbeitet: "Kommunikationsproblem und Kompromißschwierigkeiten werden verstärkt, wenn dritte Parteien fehlen, die sich vermit-

telnd, schlichtend und kontrollierend in den Konflikt einschalten. Konflikte geraten immer leichter außer Rand und Band, wenn sie Zwei-Parteien-Auseinandersetzungen werden. Eine Institutionalisierung von Augenmaß in der Konfliktgestaltung, Metakommunikation über Sinn und Folgen des Konfliktverlaufs, dabei Abwägung der relativen Rechte beider Seiten - dergleichen läßt sich wohl nur verlässlich sichern, wenn unbetroffene Dritte sich engagieren und sich notfalls auch gegen den Widerstand der Konfliktparteien einmischen" (Neidhardt 1981: 245).

Die besondere Funktion, die Neidhardt Dritten in der Vermeidung von Konflikteskalationsprozessen und der Herstellung von Rationalität zuspricht, scheint mir aber nicht allein eine wissenschaftliche Denkfigur zu sein, sondern auch für Neidhardts eigene Rolle, die er in wissenschaftlichen Kontexten gespielt hat und weiterhin spielt, bedeutsam zu sein. Als Mitglied der Familienkommission, der Gewaltkommission, des Wissenschaftsrats, der Struktur- und Berufungskommission der Humboldt Universität, als Präsident des Wissenschaftszentrums und als langjähriger Herausgeber der wohl wichtigsten deutschsprachigen soziologischen Fachzeitschrift ist er immer wieder in Gremien berufen worden (und hat diese auch gesucht), die jeweils Funktionen des Dritten, des Gutachtens und des Schiedsrichtens übernehmen. Und auch innerhalb dieser Gremien, ebenso wie im Umgang mit seinen Kollegen und Mitarbeitern, spielt er gern die Rolle des Vermittelnden. Dies ist nicht ohne Folgen für die Stilelemente der Interaktion, die für Dritte typisch sind, geblieben: eine geringe Neigung zu Pathos und Leidenschaft, einen Sinn für sprachliche Differenzierungen und Zwischentöne, Respekt, aber auch Distanz zu Personen, das Wissen um die Grenzen von Gemeinschaft und die Vermeidung von Kumpanei.

2. Die Beiträge des Bandes

Die Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedhelm Neidhardt versammelt Beiträge von Kolleginnen und Kollegen und früheren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Neidhardts. Die Struktur des Bandes ergibt sich aus einem zweifachen Gliederungsprinzip. Zum einen beziehen sich die Beiträge auf die Themengebiete, die Neidhardt selbst in seinen Forschungen bearbeitet hat. Die thematische Bezugnahme auf Neidhardtsche Themengebiete wird zum anderen mit den beiden für ihn typischen analytischen Perspektiven verbunden: der Frage der Eigendynamik und Fragen der Rationalität sozialer Prozesse. Die Herausgeber des Bandes hatten den Autoren in einem Exposé die analytischen Perspektiven des Bandes mitgeteilt und darum gebeten, ihr jeweiliges Thema unter dem Gesichtspunkt der Eigendynamik oder unter der Perspektive der Rationalität sozialer Prozesse zu betrachten.

Das erste Kapitel des Bandes umfaßt Beiträge zum Themenbereich Wissen und Wissenschaft. Analytisch beziehen sich die Aufsätze auf die Frage nach der Verbesserung gesellschaftlicher Rationalität durch wissenschaftliche Erkenntnisse. Greift man die oben eingeführte Differenzierung auf, geht es in den Beiträgen um die Frage nach der Möglichkeit der Verbesserung von Systemmittelrationalität durch die Wissenschaft.

Renate Mayntz geht in ihrem Beitrag davon aus, daß Gegenwartsgesellschaften zunehmend weniger Dissens über diejenigen Werte und Systemziele haben, die sie erreichen wollen. Der Streit verlagert sich vielmehr auf die Frage, auf welchem Wege und mit welchen Mitteln man die Ziele erreichen kann. Zur Beantwortung dieser Frage ist - deskriptive und kausale - wissenschaftliche Erkenntnis aber unmittelbar bedeutsam. Sie vermag grundsätzlich die Rationalität des politischen Entscheidens zu erhöhen, wenn sie optimale Wege der Erreichung von Zielen zu markieren im Stande ist. Entscheidend für die Wirkungsmächtigkeit von Wissenschaft auf die Erhöhung der Rationalität politischer Steuerung ist aber die Frage, in welchem Maße die wissenschaftliche Erkenntnis selbst auf Sicherheit gegründet ist. Ist dies nicht oder nur in nur begrenztem Maße der Fall, dann bildet dies das Einfallstor für die Mobilisierung von politischen Interessengruppen, die mit Verweis auf wissenschaftliche Unsicherheiten politische Regulierungen blockieren wollen und können.

Einen Versuch der Produktion sicheren sozialwissenschaftlichen Wissens stellt die Sozialberichterstattung dar. *Wolfgang Zapf* beschreibt in seinem Beitrag zum einen die seit den 70er Jahren diskutierten unterschiedlichen Wohlfahrtskonzepte und zum anderen die Entwicklung der Sozialberichterstattung, ihrer Methoden und der Institutionen, die sie betreiben und auf Dauer stellen. Die Entwicklung und Institutionalisierung der Sozialberichterstattung ist der Versuch, das Wissen der Gesellschaft über sich selbst zu erweitern und zugleich zuverlässig zu machen; dies ist, so Zapf, eine notwendige Voraussetzung für eine Verbesserung der Rationalität der politischen Steuerung der Gesellschaft.

Wesentlich skeptischer im Hinblick auf die Wirkungskraft speziell soziologischen Wissens für die Erhöhung der Rationalität der Steuerung von Gesellschaft ist *Dieter Claessens*⁵. Claessens geht in seinem Beitrag von der Prämisse aus, daß das von Soziologen generierte Wissen über die Struktur von

5 Dieter Claessens ist am Ostersonntag, dem 30. März 1997, in Berlin gestorben. Er hatte seinen Beitrag für die Festschrift für Friedhelm Neidhardt in einem ersten Entwurf bereits frühzeitig fertiggestellt, kam aber nicht mehr dazu, den Text zu überarbeiten. Wir veröffentlichen den Beitrag in der vom Autor hinterlassenen Fassung.

Gesellschaften zur Prognose über Gesellschaftsverläufe genutzt und damit auch die Rationalität gesellschaftlicher Steuerung verbessert werden könnte, wenn es auf der Basis von Prognosen zu Verhaltensänderungen kommen würde. Er vermutet aber, daß das soziologische Potential zur Prognose nicht hinreichend genutzt wird, und nennt Gründe, warum dies der Fall ist. Einen der wichtigsten Gründe sieht er darin, daß Handlungsveränderungen eingeschliffene Routinen tangieren und insofern Belastungen bedeuten und entsprechend lieber ignoriert werden.

Auf eine weitere Grenze wissenschaftlichen Wissens für die Orientierung von Handlungen weisen *Alois Hahn*, *Willy H. Eirmbter* und *Rüdiger Jacob* in ihrem Beitrag hin. Die Autoren zeigen, daß es zwischen wissenschaftlichem Wissen und Alltagswissen fundamentale Unterschiede gibt. Sie erläutern diese Unterschiede theoretisch und illustrieren sie empirisch am Beispiel von Krankheitsvorstellungen. Die Grenze des wissenschaftlichen Wissens für die alltägliche Handlungsorientierung wird dadurch markiert, daß wissenschaftliches Wissen keine Orientierungsfunktion übernimmt und auf Fragen der Ziel- und Sinndefinition keine Antworten zu formulieren vermag. Wenn man z.B. auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse weiß, daß man bald sterben wird, dann nützt einem dies wenig zur Bewältigung der Situation des Todes und zur Beantwortung der Frage nach dem Sinn des Lebens. Weil Alltagswissen im Unterschied zu wissenschaftlichem Wissen Orientierungsfunktionen übernehmen kann, läßt sich Alltagswissen nicht völlig durch wissenschaftliches Wissen ersetzen.

Zu einer grundsätzlich skeptischen Einschätzung der Möglichkeiten der Erhöhung gesellschaftlicher Rationalität durch wissenschaftliche Rationalität kommt *Helmut Willke*. Wissenschaft ist wie alle anderen Teilsysteme gefangen in ihrem Eigensinn, und diese selbstbezügliche Eigendynamik bestimmt auch das Verhältnis, das sie mit ihrer Umwelt eingehen kann. Gelten die Merkmale Selbstreferentialität und operative Geschlossenheit für alle sozialen Systeme, dann ist eine Verständigung zwischen Systemen eher unwahrscheinlich als wahrscheinlich. Die Möglichkeit, daß die Interaktionen zwischen Systemen zu zufriedenstellenden Resultaten führt und gelungene Kommunikationen stattfinden werden, wird zum unwahrscheinlichen Fall. Willke fragt dann, unter welchen Bedingungen eine intersystemische Abstimmung doch gelingen kann; sie wird wahrscheinlicher, wenn sich Systeme auf der Basis einer operativen Autonomie "kontextsensitiv" öffnen.

Geht Neidhardt davon aus, daß Wissenschaft zu einer Verbesserung der Systemmittelrationalität von Gesellschaft beitragen kann, so ist der institutionelle Ort, der zu einer Verbesserung der Rationalität der Bestimmung der Systemziele beitragen kann, schwieriger auszumachen. Am ehesten sieht

Neidhardt dies als die Funktion der politischen Öffentlichkeit an, in der alternative Zieldefinitionen diskutiert werden, die dann die Entscheidungen des politischen Systems prägen.

Im Zentrum des zweiten Kapitels der Festschrift stehen Beiträge zum Thema Öffentlichkeit und Politik; analytisch geht es in diesem Kapitel um die Fragen, welche Folgen mit der Nichtexistenz einer autonomen Öffentlichkeit verbunden sind und welche Kriterien erfüllt sein müssen, damit eine öffentliche Selbstverständigung der Gesellschaft über ihre Ziele das Prädikat 'rational' erfahren kann.

Für *M. Rainer Lepsius* ist die Existenz einer freien Öffentlichkeit eine der notwendigen institutionellen Voraussetzungen für ein selbstverantwortliches und moralisches Handeln von Individuen. Er wirft in seinem Aufsatz am Beispiel der Prozesse gegen Angehörige der Grenztruppen, Generale und Mitglieder von politischen Entscheidungsinstanzen der DDR die grundsätzliche Frage auf, in welchem Maße Individuen für ihr Handeln moralisch verantwortlich sein können, wenn die institutionellen Kontextbedingungen ihnen nur wenig Handlungsspielräume ermöglichen und abweichendes Verhalten mit hohen persönlichen Kosten verbunden ist. Lepsius versucht die Voraussetzungen einer Institutionenordnung zu skizzieren, die ein selbstverantwortliches Handeln und eine Einheit der Moral von Personen und der "Moral" von Institutionen ermöglichen. Dazu gehören u.a. die Existenz universeller Wertideen in der Form individuell einklagbarer Grundrechte, die Institutionalisierung unterschiedlicher und miteinander konkurrierender Wertideen, die die Hegemonie einer Leitidee und eines Organisationsprinzips verhindern, und vor allem die Existenz einer freien Öffentlichkeit, in der ohne hohe Kosten für die Einzelnen über Wertfragen gestritten und Kritik geübt werden kann. All diese Bedingungen waren in der DDR nicht erfüllt; insofern betrachtet Lepsius eine Vergangenheitsbewältigung via Debatten über die Moral von Einzelnen als verfehlt.

Die anderen Beiträge des Kapitels setzen die Existenz einer autonomen Öffentlichkeit voraus und fragen nach Gütekriterien öffentlicher Debatten. *William Gamson* versucht in seinem Beitrag zu begründen, daß es für eine demokratische Öffentlichkeit ein gut legitimierbares normatives Kriterium darstellt, wenn die Sichtweisen und Positionen aller von einem Thema betroffenen Bürger Eingang in die öffentliche Debatte finden. In kritischer Auseinandersetzung mit den normativen Vorstellungen von Öffentlichkeit bei Jürgen Habermas versucht Gamson zu zeigen, daß ein breites Bürgerengagement nicht erreicht wird, wenn man von einer öffentlichen Debatte erwartet, daß sie mit Argumenten mit Bezug auf abstrakte Werte und ohne Emotionen geführt

wird. Diese von Habermas formulierten Kriterien eines rationalen Diskurses schließen gerade die Bevölkerungsgruppen aus der Debatte aus, die in der Sprache der Lebenswelt kommunizieren, ihre Argumente in der Form von persönlichen Geschichten und auf der Basis persönlicher Erfahrung präsentieren. Gamson untersucht dann, inwieweit in der medialen Debatte über Abtreibungen in den USA die lebensweltliche Sprache vor allem der Frauen Eingang in die öffentliche Debatte gefunden hat. Er kommt zu einem für ihn selbst überraschenden Ergebnis: "I find myself in the unaccustomed position of having only kind words to say about American mass media discourse. On the abortion issue, at least, it appears to meet the normative criteria for encouraging civic engagement very well".

Jürgen Gerhards formuliert in seinem Beitrag die These, daß Responsivität ein entscheidendes und demokratietheoretisch gut begründbares Gütekriterium zur Bewertung der medialen Darstellung von Politik bildet. Die Medienberichterstattung über das parlamentarische Geschehen erweist sich dann als responsiv, wenn die Verteilung der in den Medien zu Wort kommenden Sprecher und ihrer kommunikativen Inhalte ungefähr deren Verteilung im Parlament entspricht. Ist dies der Fall, dann haben die Bürger die Chance, via Medien gleichsam ein repräsentatives Sample der Vertreter und Inhalte zu beobachten, die sie selbst gewählt haben. Am Beispiel der Abtreibungsdebatte untersucht Gerhards den Grad der Responsivität der Medien im Hinblick auf das parlamentarische Geschehen. Die Analysen zeigen, daß sich die Medien in einem hohen Maße als responsiv erwiesen haben, ein Befund, der der verbreiteten Meinung einer verzerrenden Darstellung von Politik durch die Medien widerspricht.

Stefan Hornbostel weist in seinem Beitrag darauf hin, daß die von Neidhardt initiierte Ranking-Studie über die Lehrleistungen deutscher Universitäten, die im SPIEGEL veröffentlicht wurde, geleitet war von den von Neidhardt selbst favorisierten normativen Öffentlichkeitsfunktionen: der Herstellung von Transparenz, der Validierung des Gesagten und der Orientierung des Publikums. Entsprechend sollte der Vergleich der Leistungsfähigkeit der Hochschulen Transparenz herstellen, Transparenz entlang von gut legitimierbaren Gütekriterien der Beurteilung von Lehrleistungen, verbunden mit dem Ziel, Orientierungshilfen für Studenten, aber auch für das Handeln der Politik und der Hochschulen zu offerieren. Hornbostel analysiert nun, inwieweit dies gelungen ist, indem er die Wirkungen des SPIEGEL-Rankings auf die öffentlichkeits-mediale Kommunikation, das Verhalten der Studenten, die Politik und die Profession der Soziologen rekonstruiert. Dabei weist er deutlich auf die Grenzen einer massenmedialen Öffentlichkeit in der Darstellung wissen-

schaftlicher Ergebnisse und damit auch auf die Möglichkeiten der Erhöhung von Rationalität hin.

Öffentlichkeit bleibt Selbstzweck und damit wirkungslos, wenn die öffentlichen Debatten nicht zu einer Veränderung der Bevölkerungsmeinungen oder/und zu einer veränderten Politik führen. Die beiden letzten Beiträge des zweiten Kapitels gehen der Frage nach, unter welchen Bedingungen öffentlich kommunizierte Meinung die Meinungen der Bevölkerung verändern können und welche Trägheitsmoment der Veränderung sich im politischen System ausfindig machen lassen.

Hanspeter Kriesi untersucht, welchen Einfluß Debatten in der medialen Öffentlichkeit auf die Bildung und die Veränderung der Meinung der Bevölkerung zu politischen Themen hat. Er unterscheidet drei Variablenkomplexe, die theoretisch relevant sind. Zum einen die Intensität und die Richtung der öffentlichen Debatte, zum zweiten Merkmale des jeweiligen Themas, das öffentlich verhandelt wird (Bekanntheitsgrad, Komplexität, Kosteneffekte des Themas für die Bürger, Zwangscharakter) und drittens persönliche Merkmale der Bürger (Kompetenz im Hinblick auf das Thema, ideologische Dispositionen). Das Zusammenwirken dieser verschiedenen Faktoren haben Kriesi und Kollegen in einem sehr komplexen Mehrebenen- und Paneldesign versucht, empirisch zu rekonstruieren. Damit zeigte sich, daß für die Bildung und den Wandel von Meinungen der Bürger zu politischen Themen keine einfachen Erklärungen zu finden sind. Die skizzierten Variablenkomplexe interagieren auf eine sehr komplexe Weise miteinander, so daß man genau spezifizieren muß, welche Bedingungen jeweils gegeben sind und zu welchen Effekten sie führen. Für die Frage der Resistenz gegenüber Änderungen von Meinungen durch Debatten in der Öffentlichkeit ist am entscheidendsten, in welchem Maße eine existierende Meinung in kohärente Prädispositionen des Rezipienten eingebunden ist. Ist dies der Fall, dann sind die Chancen, durch öffentliche Debatten Meinungen zu ändern, sehr gering.

Max Kaase untersucht in seinem Beitrag die Rolle des Wissenschaftsrats in der Wissenschaftspolitik der Bundesrepublik. Der Wissenschaftsrat ist Teil eines für das Institutionengefüge der Bundesrepublik typischen, extrem verflochtenen Föderalismus. Geht man davon aus, daß Innovations- und Reformfähigkeit von Systemen zur Bewältigung neuer Problemstellungen ein gut begründbares Rationalitätskriterium darstellt, dann ist in jüngster Zeit mit gutem Grund immer wieder die Frage gestellt worden, ob das Ausmaß der Politikverflechtung in der Bundesrepublik nicht entscheidend mitverantwortlich ist für den vielfach konstatierten Immobilismus des Systems. Im Hinblick auf eine Einschätzung des Wissenschaftsrats kommt Kaase allerdings zu einem ambivalenten Befund. Einerseits läßt sich die institutionelle Einbettung

des Wissenschaftsrats als Teil einer Immobilismus produzierenden Struktur interpretieren, andererseits hat gerade die positive Rolle des Wissenschaftsrats in der Evaluation und Umstrukturierung der Forschungslandschaft der DDR gezeigt, daß die Handlungs- und Reformoptionen doch größer waren als strukturell erwartet. Ob dies allein der Sondersituation des Vereinigungsprozesses zuzurechnen ist, bleibt abzuwarten.

Die Beiträge des dritten Kapitels beziehen sich auf die Themengebiete Familie und Sport und fokussieren analytisch Fragen der Eigendynamik von sozialen Prozessen.

Hartmut Esser recurriert in seinem Artikel auf den vielfach empirisch bestätigten Befund, daß ältere Ehepaare eine weit geringere Scheidungswahrscheinlichkeit haben als solche aus jüngeren Kohorten. Er versucht, diesen Variablenzusammenhang kausal aufzuklären, indem er in einem Rational-Choice-Modell zum einen die Faktoren rekonstruiert, die "hinter" den Alterskohorten lagern, und zum anderen die Eigendynamik von Ehen auf dem Pfad in die Scheidung theoretisch modelliert und dieses Modell empirisch überprüft. Damit gelingt es Esser überzeugend, den Weg von Ehen in Richtung Scheidung nicht nur mit dem Begriff der Eigendynamik zu bezeichnen, sondern in einem theoretischen Modell zu rekonstruieren und dieses Modell empirisch zu überprüfen.

Ilse Hartmann-Tews greift in ihrem Beitrag die allgemeine systemtheoretische These auf, daß im Zeitverlauf die gesamte Bevölkerung in Form von Publikumsrollen in die gesellschaftlichen Teilsysteme inkludiert wird, bezieht diese These auf den Bereich des Sports, und zeigt dann im Vergleich der Länder Deutschland, Frankreich und England, daß das Ausmaß und der Verlauf der Entwicklung der Inklusion der Bevölkerung in den Sport im Ländervergleich variieren. Will man diese Unterschiede erklären, dann kommt man nicht umhin, die systemtheoretische Perspektive zu ergänzen und die jeweiligen Akteursinteressen und die Wechselwirkungen zwischen den Akteuren des Sports in den drei Ländern genauer zu untersuchen. Dies tut Hartmann-Tews und zeigt auf diese Weise, wie man eine systemtheoretische Beschreibung allgemeiner Prozesse mit einer akteurstheoretischen Erklärung verbinden kann.

Karl Heinrich Bette und Uwe Schimank zeigen in ihrem Beitrag Parallelen auf zwischen der Eigendynamik von Karrieren von Hochleistungssportlern und - im Rekurs auf die Neidhardtschen Terrorismusstudien - den Karrieren von Terroristen. Obwohl es an sich für alle Hochleistungssportler rational wäre, wenn sich keiner von ihnen dopen würde, erzeugt die als Gefangenendilemma beschreibbare Ausgangskonstellation eine Eigenwilligkeit, die Do-

ping wahrscheinlich macht. Keiner der konkurrierenden Sportler traut dem anderen; um potentielle Nachteile durch Doping auszugleichen, fängt man selber an, sich zu dopen. Am Ende des Prozesses steht eine für alle Beteiligten suboptimale Lösung.

Im vierten Kapitel der Festschrift sind Beiträge zum Themengebiet soziale Bewegungen und Gewalt versammelt. Analytisch geht es auch hier um Fragen der Eigendynamik sozialer Prozesse.

John D. McCarthy und Clark McPhail untersuchen in ihrem Beitrag die Bedingungen für gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen der Polizei einerseits und kollektiven Akteuren andererseits. Eine Eigendynamik der Gewalteskalation kann, so ihre These, vermieden werden, wenn es im Vorfeld zu Interaktionen und Verhandlungen zwischen den Sicherheitskräften und kollektiven Akteuren kommt. Die Autoren zeigen, daß sich in den USA von den 60er zu den 90er Jahren die Strategie der Polizei im Umgang mit Protestgruppen von einer konfrontativen hin zu einer Verhandlungsstrategie verändert hat, mit der Folge, daß das Ausmaß der Gewaltanwendung gesunken ist. Sie zeigen gleichsam als Kontrastfall zu der Entwicklung der Auseinandersetzung um politische Proteste an drei Beispielen, daß die Strategien des FBI im Umgang mit gewaltbereiten Straftätern, die festgenommen werden sollen, sich nicht geändert hat und weiterhin konfrontativ orientiert ist, mit der Folge, daß es meist zu Gewalteskalationen kommt.

Dieter Rucht analysiert in seinem Beitrag auf der Basis einer systematischen Inhaltsanalyse von Tageszeitungen die Entwicklung von gewaltförmigen Protesten in der Geschichte der Bundesrepublik. Seine deskriptiven Analysen zeigen, daß gewaltförmige Proteste zwar seit den 50er Jahren zugenommen haben, daß sich hinter diesem vermeintlich allgemeinen Trend aber doch sehr spezifische Wellen von gewaltförmigen Protesten mit unterschiedlichen Themen und verschiedenen Trägergruppen verbergen. Die Heterogenität des Verlaufs, der Themen und der Trägergruppen motiviert Rucht zur Vorsicht bei der Erklärung seiner deskriptiven Befunde. Er vermutet, daß die klassischen Theorien der Erklärung gewaltsamer Proteste zu grobschrötig geschnitten sind, um die empirisch festgestellten Entwicklungsverläufe erklären zu können. Diese müssen ergänzt werden durch Theoreme, die im stärkeren Maße die "konkreten Interaktionsdynamiken" berücksichtigen: Hochschaukelungsprozesse zwischen Protestierenden und Polizeikräften, die Vermittlungsrolle von Dritten, die Überschreitung von Schwellenwerten sind Faktoren, die entscheidend die Entstehung und Dynamik von gewaltförmigen Protesten prägen.

Birgitta Nedelmann nimmt in ihrem Beitrag unmittelbar Bezug auf die Neidhardtschen Terrorismusstudien und versucht, die am Beispiel des RAF-Terrorismus generierten Analysedimensionen und Hypothesen auf die palästinensischen Selbstmordbomber in Israel zu beziehen. Sie rekonstruiert zum einen die symbolische Bedeutung der Attentate; diese sind, so ihre These, auf eine Reaktivierung des traditionellen Bildes vom passiven, wehrlosen Juden gerichtet. Sie beschreibt zum anderen die Bedingungen dafür, daß im Falle der Selbstmordbomber keine Eskalationsprozesse dergestalt stattgefunden haben, daß Israelis mit ähnlichen Attentaten geantwortet hätten. Nedelmann vermutet, daß die Geltung des Gründungsmythos des israelischen Staates, in dem der Typus des aktiven und wehrhaften Staatsbürgers als Gegenbild zum traditionellen Mythos vom passiven Juden aufgebaut wurde, vor allem in der jüngeren Generation erodiert ist, und dieser Erosionsprozeß zusammen mit einer geschickten Interessenspolitik der israelischen Regierung eine Nicht-escalation des Konflikts bewirkt hat.

Eine ähnliche Akzentuierung der symbolischen Dimension von Gewalt nehmen *Roland Eckert* und *Thomas A. Wetzstein* in ihrem Artikel vor. Die Autoren gehen auf der Basis einer qualitativen Studie über insgesamt 47 verschiedene Gruppen von Jugendlichen der Frage nach, in welchem Maße die Verwendung und die Androhung von Gewalt für einige der untersuchten Gruppierungen eine spezifische Strategie des Aufbaus von Gruppenidentität durch Abgrenzung darstellt. In Form von dichten Beschreibungen verschiedener Jugendgruppen analysieren sie zum einen die verschiedenen Inszenierungsformen von Gruppenidentität und die Rahmenbedingungen (soziale Herkunft, Familien- und Ausbildungserfahrungen etc.), die eine fördernde Bedingung für einen Zusammenschluß in gewaltaffinen Gruppen darstellen; die Autoren betonen zum anderen aber auch die Rolle der Eigendynamik der Etablierung von Gewalt als Mittel der Identitätsstiftung: "Wenn sie einmal "eingeführt" ist, beginnt sie, sich zirkulär selbst zu legitimieren und früher oder später von den Ursprüngen abzulösen".

Der Anhang des Bandes 'ad personam' soll den Charakter einer *Festschrift* zum 65. Geburtstag von Friedhelm Neidhardt unterstreichen: Zum einen bilanziert und analysiert *Ronald Hitzler* - unter Applikation der sozusagen (noch) unorthodoxen 'Methode der beobachtenden Mitarbeit' - seine Erfahrungen mit dem ihm offenkundig nachhaltig beeindruckendem Führungsstil Neidhardts am Forschungsinstitut für Soziologie der Universität zu Köln. Zum anderen laden wir den Leser ein, sich auch anhand der wissenschaftlichen Lebenslauf- und Veröffentlichungsdaten über Person und Werk Friedhelm Neidhardts zu informieren.

Literatur

- Boudon, Raymond, 1984: *Theories of Social Change. A Critical Appraisal*. Cambridge: Polity Press.
- Boudon, Raymond und Bourricaud, Francois, 1992: Rationalität. S. 410-418 in dies., *Soziologische Stichworte. Ein Handbuch*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Engels, Friedrich, 1981: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. S. 263-307 in: Karl Marx und Friedrich Engels, *Werke*, Band 21, Berlin: Dietz Verlag.
- Habermas, Jürgen: 1969: Gegen einen positivistisch halbierten Rationalismus. S. 235-266 in: Theodor W. Adorno u. a. *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*. Neuwied: Luchterhand.
- Habermas, Jürgen, 1981: *Theorie des kommunikativen Handelns*. 2 Bände. Frankfurt: Suhrkamp.
- Horowitz, Irving Louis, 1990: The place of the Festschrift, in: *Scholarly Publishing*: 77-83.
- Mayntz, Renate, 1995: Historische Überraschungen und das Erklärungspotential der Sozialwissenschaft. Heidelberg: C. F. Müller Verlag.
- Mayntz, Renate, und Birgitta Nedelmann, 1987: Eigendynamische soziale Prozesse, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 39: 648-668.
- Neidhardt, Friedhelm, 1975: Sozialisationsforschung und Politikberatung. Zur Einleitung. S. 1-6 in: ders. (Hrsg.), *Frühkindliche Sozialisation. Theorien und Analysen*. Stuttgart: Enke.
- Neidhardt, Friedhelm, 1975a: Systemtheoretische Analysen zur Sozialisationsfähigkeit der Familie. S. 162-187 in: ders. (Hrsg.), *Frühkindliche Sozialisation. Theorien und Analysen*. Stuttgart: Enke.
- Neidhardt, Friedhelm, 1981: Über Zufall, Eigendynamik und Institutionalisierbarkeit absurder Prozesse. Notizen am Beispiel einer terroristischen Gruppe. S. 243-257 in: Heine von Alemann und Hans Peter Thurn (Hrsg.) *Soziologie in weltbürgerlicher Absicht. Festschrift für René König zum 75. Geburtstag*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neidhardt, Friedhelm, 1982: Soziale Bedingungen terroristischen Handelns. Das Beispiel der Baader-Meinhof Gruppe. S. 318-392 in Wanda von Baeyer-Katte, Dieter Claessens, Hubert Feger und Friedhelm Neidhardt, *Gruppenprozesse*. Band 3 der Reihe "Analysen zum Terrorismus". Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neidhardt, Friedhelm, 1985: Grosse Wirkungen kleiner Reize - symbolisch vermittelt. Zur Soziologie des Terrorismus. S. 322-333 in Burkhard Lutz (Hrsg.), *Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung. Verhandlungen des 22. Deutschen Soziologentages in Dortmund 1984*. Frankfurt: Campus.
- Neidhardt, Friedhelm, 1986: Kollegialität und Kontrolle - Am Beispiel der Gutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 38: 3-12.
- Neidhardt, Friedhelm, 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. S. 7-41 in: Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (Sonderheft 34 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Friedhelm Neidhardt, 1994a: Öffentlichkeit und die Öffentlichkeitsprobleme der Wissenschaft. S. 39-56 in Wolfgang Zapf und Meinolf Dierkes (Hrsg.) *Institutionenvergleich und Institutionendynamik. WZB-Jahrbuch 1994*. Berlin: Edition Sigma.
- Popper, Karl Raimund, 1957: *Das Elend des Historizismus*. Tübingen: Mohr.
- Rolke, Lothar, 1992: Rationalität, Rationalisierung. S. 56-62 in Joachim Ritter und Karlfried Gründer (Hrsg.) *Historisches Wörterbuch der Philosophie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

- Schimank, Uwe, 1996: Theorien gesellschaftlicher Differenzierung. Opladen: Leske und Budrich.
- Simmel, Georg, 1983: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin: Duncker und Humblot.